„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 70c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die Prohibitionsfrage in Manitoba.

Dazu schreibt die „N. Y. Staatszeitung":

Als vor einigen Tagen die Nachricht kam, die canadische Provinz Prince Edward Island habe sich zugunsten der Beibehaltung der knochentrockenen Prohibition ausgesprochen, herrschte große Freude im Lager der Prohibitionsfanatiker. Diese Freude war umso größer, als andere canadische Provinzen den Leuten, die in der Prohibition die Rettung der sündhaften Welt erblicken, eine große Enttäuschung bereitet hatten. Diese anderen Provinzen haben allerdings die Getränkefrage in vernünftiger Weise reguliert, aber das erkennen die Fanatiker nicht als Verdienst an. Für sie gibt es nur eine Lösung der Getränkefrage: knochentrockene Prohibition.

Ihre Freude war aber nicht von langer Dauer. Auch die Provinz Manitoba hat sich bei der jetzigen Wahl mit der Getränkefrage befaßt. Den Bewohnern wurde die Frage zur Abstimmung vorgelegt, ob der Getränkeverkauf, d. h. der Verkauf von Bier, von der Regierung in lizensierten Lokalen wieder gestattet werden soll oder nicht. Diese Frage wurde mit überwältigender Stimmenmehrheit in bejahendem Sinne von der Wählerschaft beantwortet. Ein Vorschlag, den Brauereien das Recht einzuräumen, Bier direkt an ihre Kunden abzuliefern, wurde dagegen verworfen.

Es ergibt sich hieraus, daß die Wählerschaft in Manitoba den Sinn wirklicher Mäßigkeit wohl erfaßt hat. Sie tritt für den Verkauf von Bier unter Regierungskontrolle ein, gestattet aber nicht die Ablieferung von Bier seitens der Brauereien, ein System, das die Regierungskontrolle bedeutend erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich machen könnte. Manitoba, wie verschiedene der anderen canadischen Provinzen, erkennt an, daß knochentrockene Prohibition undurchführbar ist. Es erkennt an, daß wahre Mäßigkeit nicht durch ein absolutes Trinkverbot gefordert wird, wovon unser Land (die Ver. Staaten) ja ein eklatantes Beispiel liefert. Deshalb beschränkt man sich in den canadischen Provinzen darauf, den Getränkeausschank in vernünftiger Weise zu regulieren — wozu wir uns hierzulande immer noch nicht emporzuschwingen vermochten, weil die Handvoll Prohibitionsfanatiker noch wie vor die ausschlaggebende Rolle im Kongreß zu spielen vermag.

Der Sieg der „Nassen" in Manitoba ist im übrigen von großer Bedeutung, weil es sich hier um eine Provinz der Dominion handelt, die zu den volksreichsten und fortschrittlichsten gehört. Außerdem umfaßt diese Provinz 251,832 Quadratmeilen, während Prince Edward Island nur einen Flächenraum von 2184 Quadratmeilen hat. Im Jahre 1921 wies die Insel eine Einwohnerzahl von 88,615 Seelen auf, die sich seither stark vermindert hat und sich noch immer vermindert. Auch das ist wichtig, um den Ausgang der Entscheidung der Getränkefrage in den beiden Provinzen richtig einzuschätzen.

Zu Hindenburgs 80. Geburtstag

Eine „Hindenburg-Spende".

In seiner letzten Sitzung hat sich das deutsche Reichskabinett mit der Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten v. Hindenburg am 2. Oktober d. J. beschäftigt. Es ging dabei von der Auffassung aus, daß das deutsche Volk es sich nicht nehmen lassen wird, dem Reichspräsidenten anläßlich seines Ehrentages erneut seine Anhänglichkeit und Verehrung zu bezeugen. Andererseits ist die Reichsregierung aber überzeugt, im Sinne des Reichspräsidenten zu handeln, wenn sie von kostspieligen allgemeinen Feiern aus diesem Anlaß Abstand nimmt und den guten Wünschen zu dem Geburtstag eine Form gibt, die dem Ernst der Zeit und der Not des deutschen Volkes Rechnung trägt.

Um jedem Deutschen daheim und draußen die Möglichkeit zu geben, seiner dankbaren Verehrung für die Person des Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, haben die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder beschlossen, eine „Hindenburg-Spende" zu veranstalten, die dem Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstage übergeben werden soll.

Sie sind gewiß, den Wünschen des Reichspräsidenten entgegenzukommen, wenn sie ihm vorschlagen werden, die aufgekommenen Mittel in erster Linie den Personenkreise zugute kommen zu lassen, der ihm besonders naheteht, nämlich den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Neben der Sammlung von Spenden, die in Verbindung mit den großen Spitzenorganisationen des Wirtschaftslebens durchgeführt werden soll, ist die Ausgabe einer Hindenburg-Briefmarke in Aussicht genommen. Sie sollen weiteren Kreisen die Möglichkeit der Beteiligung an dem Geburtagsgeschenk für den Reichspräsidenten geben. Ihr Erlös ist vorzugsweise für schwer notleidende Mittelstandsangehörige, Sozialrentner u. s. w. bestimmt.

Dem „Courier" ist ferner ein Schreiben von Ministerialrat Dr. Karstedt, dem Leiter der „Hindenburg-Spende", in Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, zugegangen, worin es u. a. heißt:

„Zahlreiche Anfragen aus dem Auslande beweisen mir, daß der Wille, sich an der Hindenburgspende zu beteiligen, auch bei den Auslandsdeutschen und bei den zahlreichen Deutschen, die sich in fremden Ländern naturalisieren ließen, groß ist."

Der „Courier" wird ferner ersucht, die deutschen Landsleute in Canada und die sonst interessierten Männer und Frauen auf die Hindenburgspende aufmerksam zu machen. Besonders werden die deutschen Vereine in Canada gebeten, sich um die Sache in eifrigster Weise anzunehmen. „Bei der großen Wertschätzung und Verehrung," so fährt Ministerialrat Dr. Karstedt fort, „die der Name Hindenburg wohl nicht nur in Deutschland, sondern in dem größten Teile der Welt genießt, glaube ich auch ein allgemeines Interesse an der Angelegenheit voraussetzen zu dürfen."

Alle jene Deutschcanadier, die zur Hindenburgspende zur Linderung der Notlage in den armen Bevölkerungsschichten Deutschlands beitragen wollen, mögen ihre Geldbeträge an das Postscheckkonto: Berlin Nr. 73800, Berlin, Germany, überweisen. Deutsche Vereine, die in besonderer Weise an der Ehrung Hindenburgs, dieses hervorragenden Führers des deutschen Volkes zu Einigkeit, Recht und Freiheit, mitzuwirken gedenken, wollen sich an die eben angeführte Adresse von Ministerialrat Dr. Karstedt wenden.

Canada als Schuldner der Ver. Staaten.

Die Amerikaner verliehen im letzten Quartal an das Ausland $411,211,375. Unter den Ländern, die Anleihen auflegten, fehlte Deutschland, daß im Jahre 1926 stark geborgt hatte.

Wie das amerikanische Handelsdepartement bekannt machte, werden die amerikanischen Kapitalanlagen im Auslande vom 1. Juli auf $12,300,000,000 geschätzt. Von dieser Summe entfallen auf Europa 3½ Milliarden; auf Canada $3,200,000,000, auf Latein-Amerika $4,800,000,000 und auf andere Länder $950,000,000.

Es handelt sich in dem Bericht des Handelsdepartements nur um amerikanische Privatanleihen an Regierungen und Unternehmungen des Auslandes und zwar nur um solche Anleihen, die öffentlich aufgelegt wurden.

Im ersten Halbjahr 1927 schickten Amerikaner $788,684,075 ins Ausland, gegen $596,063,150 während des ersten Halbjahrs 1926. Während des letzten Quartals wurden 22 europäische Anleihen zum Nennwerte von $150,096,975 untergebracht. Canada borgte während derselben Zeit $127,478,500, während 15 latein-amerikanische Länder $108,411,000 erhielten. Eine einzelne Anleihe von 23 Millionen ging nach dem Fernen Osten, während drei britische Kolonien $3,625,000 borgten.

Der Anteil Deutschlands wurde durch die größeren Anleihen Canadas und der britischen Besitzungen mehr als wettgemacht.

Weltumschau

Deutschland.

Eine neue militärische Frage zwischen der französischen Regierung und denen der früher verbündeten Mächte ist aufgeworfen. Es handelt sich um die Wiedereinrichtung der einstmaligen Posten von Militär-Attaches an den verschiedenen fremden diplomatischen Vertretungen in Berlin. Schon wimmelt es in diesen Vertretungen von Attaches, so des Handels, der Wirtschaft, der Marine und selbst der Luft. Italien ist durch einen Attache für Luftschiffahrt vertreten. England, Frankreich, Ver. Staaten von Amerika, Italien leisten sich Marine-Attaches. Eines Militär-Attaches erfreut sich indessen lediglich die amerikanische Botschaft. Es handelt sich darum, ob diese Posten durchweg neubesetzt werden sollen. Die deutsche Regierung steht solcher Idee nicht gerade unsympathisch gegenüber. Sie müßte dann auch ihrerseits derartige militärische Posten an ihren diplomatischen Vertretungen im Ausland einsetzen und weist zur Begründung ihrer ablehnenden Stellungnahme auf die Schwäche und geringe Zahl der eigenen Wehrmacht hin, angesichts derer die betreffenden Posten als ein von den Verhältnissen nicht gerechtfertigter Luxus erschienen. In politischen Kreisen wird die Frage in Verbindung gebracht mit dem Abkommen, das Deutschland von der unmittelbaren militärischen Kontrolle des Auslands befreit hat. Man merkt die Absicht, solche Kontrolle auf indirektem und heimlichem Wege, eben durch die fremden Militär-Attaches, auszuüben und ist, wenn auch nicht verstimmt, so doch wenig geneigt, solcher Absicht Vorschub zu leisten.

Wie in dieser Frage, ist die in der Koalitions-Regierung vertretene Auffassung auch der großen Fragen der Auslandpolitik eine einstimmige. Aber auf dem Gebiet der Innenpolitik geht es auch unter den Koalitionsparteien nicht ohne Unstimmigkeit ab. Diesmal grollt das Zentrum. Es geht mit der Erledigung von Schulgesetzes nicht eilig genug. In der Schulfrage hatten sich die Deutschnationalen und das Zentrum die Hände gereicht; sie hat die Koalition angeknüpft. Die nunmehrige Verschleppung verursacht Verstimmung. Das Zentrum fordert die Einberufung des Reichstags zu einer Sondertagung, etwa Ende September, um die Vorlage zu erledigen.

Der preußische Landtag war der Schauplatz eines Kampfes zwischen nationalistischen, sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten, und die Versuche von Mitgliedern der Zentrumspartei und der Demokraten, die Kämpfenden zu trennen, waren erfolglos. Die Kammer glich für die Zuschauer auf der Galerie einem Schlachtfelde, und eine Reihe von Mitgliedern des Landtages zeigten Spuren des Kampfes. Die Unruhen begannen in Verbindung mit einer sozialistischen Interpellation bezüglich kürzlicher Aufstände, in welchen eine Person getötet wurde.

Der erste Ebert-Gedenkstein in Bayern ist in Burgstadt bei Miltenberg a. M. (Unterfranken) enthüllt worden. Das Denkmal stellt einen über drei Meter hohen Findling dar, in welchem das Brustbild Eberts in Bronze eingefügt ist. Der Standort des Gedenksteines ist eine ungefähr 300 Meter hohe Bergkuppe, von welcher man eine herrliche Fernsicht in das Tal des Mains sowie auf die Berge und Täler des Spessarts, Odenwaldes und des Taunus hat. Die Enthüllung erfolgte in Anwesenheit großer Scharen von Republikanern aus dem Maintal und den angrenzenden Gebieten.

Oesterreich.

Salzburg, Oesterreich, wird zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg eine ihrer Hauptstraßen, die Westbahnstraße, nach ihm benennen, und zwar einerseits als persönliche Ehrung des großen Mannes und dann auch als Ausdruck des Gemeinschaftsgefühls mit den Deutschen im Reiche.

Frau Marianne Hainisch, die 86 Jahre alte Mutter des Präsidenten von Oesterreich, machte ihre erste Luftfahrt und ist von ihren Erfahrungen entzückt. Dreiviertel Stunden lang war sie Fahrgast eines Flugzeuges, das über Wien und Umgebung kreuzte. Frau Hainisch, die hervorragend an der hiesigen Frauenbewegung beteiligt ist, während sie gleichzeitig für jeden Fortschritt im allgemeinen eintritt, hatte seit langem den glühenden Wunsch gehabt, in einem Flugzeug aufzusteigen, aber ihre Familie und Freunde zögerten, diesem wegen ihres vorgeschrittenen Alters zuzustimmen. Hingerissen von den jüngsten Flugerrungenschaften Oberst Lindberghs, Clarence Chamberlins und Commander Byrds, stimmten sie schließlich der Erfüllung ihres Wunsches zu.

Jugoslavien.

Jugoslavien sandte in seinem Streit mit dem benachbarten Albanien ein tatsächliches Ultimatum an die Mächte. In einer Note an die Mächte verlangt die Regierung von Belgrad Atkinsons Freiheit, wenn Albanien nicht Djurafh-Novich frei läßt. Dolmetscher der jugoslavischen Gesandtschaft in der Hauptstadt Durazzo. Er kam unter Beschuldigung eines Anschlags gegen die albanische Regierung in Haft. Die Mächte suchten seitdem den Streit friedlich zu regeln. Jugoslavien behauptet, daß Albanien keine Neigung bekundet, bei einer Regelung mitzuwirken.

Polen.

Nachrichten, die besagten, daß 800 Mann eines polnischen Regiments in Wreschen bei Posen infolge des Genusses von verbotenem Fleisch an Vergiftungssymptomen erkrankt sind, 300 der Patienten in kritischem Zustande darnieder liegen, werden als übertrieben bezeichnet. Die Zahl der erkrankten Soldaten beziffert sich auf 300, doch sind soweit keine Todesfälle eingetreten.

Frankreich.

Die Deputiertenkammer stimmte für einen Antrag des sozialistischen Abgeordneten Charles Baron, der die Suspendierung der über den sozialistischen Führer Marcel Cachin verhängten Gefängnishaft bis zum Schluß der Parlamentssession verlangte, damit der Verurteilte im Einklang mit der Verfassung sein Abgeordneten-Mandat ausüben könne. Cachin war vor einiger Zeit wegen Aufwiegelung von Militärs zu Ungehorsam zu Gefängnishaft verurteilt worden. Da die Berufung keinen Erfolg hatte, ließ er sich in das Santé-Gefängnis abführen. Auf Grund des Beschlusses der Deputiertenkammer sandte das Justizministerium der Gefängnisverwaltung den Befehl, Cachin wieder auf freien Fuß zu setzen — der Befehl erfolgte jedoch nicht auf telephonischem Wege.

Die Deputiertenkammer sprach der Regierung in der Taudet-Angelegenheit mit 361 gegen 119 Stimmen das Vertrauen aus. Die Abstimmung wurde durch die Forderung eines royalistischen Mitgliedes, die Regierung bezüglich der Versetzung von Maurice Puiz, dem Geschäftsführer von Daudets Zeitung „L'Action Française", zu interveniren, herbeigeführt. Barthou erklärte im Namen der Regierung, daß er die Frage nicht beantworten werde.

Rußland.

Berichte melden neue Ausbrüche der roten Schreckensherrschaft in Rußland. Im ganzen sollen in neuerer Zeit in verschiedenen Städten 53 Personen, darunter Frauen und Kinder, erschossen worden sein, 27 in Moskau, 9 Matrosen der Kriegsmarine in Kronstadt und 17 Bauern in der Gegend von Poskow.

Sophie Zakharchinko-Schultz, eine bekannte Terroristin, starb in einem erbitterten Kampf mit Geheimagenten des Samjet in Smolensk. Zwei männliche Anhänger waren in ihrer Begleitung. Alle drei wurden getötet, nachdem sie fünf Agenten verwundet hatten. Die Agenten hatten Befehl, die Flüchtlinge tot oder lebend einzubringen. Um der Polizei zu entgehen, tötete Sophie einen Autolenker, der sich weigerte, ihr und ihren beiden Gehilfen zu helfen. Den Terroristen war es dann unmöglich, wegzukommen und sie kämpften bis zum Tode. Sophie erregte die Aufmerksamkeit der Polizei, als sie nebst zwei Männern die Geschäftsstelle im Gefängnis von Lubianca durch eine Bombe zu zerstören suchte. Es hieß, die drei seien Monarchisten und aus Finnland nach Rußland gekommen.

Ein heimatloser Junge, in Moskau, der unter Diebe gefallen war, erduldete Prügel und Mißhandlungen, bis er es nicht mehr aushalten konnte. Er übergab eine Bande von 12 männlichen und weiblichen Banditen der Polizei und führte vier seiner Bedrücker an eine Mauer vor ein Feuer-Peleton. Der Führer der Bande beging Selbstmord, als das Kind die Polizei nach seinem Versteck leitete. Der Bande sind 17 Morde in den Vororten von Moskau zur Last gelegt. Der obdachlose Junge mußte Opfer in die Falle locken und wurde von seinen Genossen zur Bestattung eines Ermordeten stets mitgenommen. Der Knabe machte im Geheimen Zeichen auf jedes Grab und führte die Polizei zur Auffindung der 17 Leichen, als er seine Peiniger verriet. Unter den verhafteten Personen sind zwei Mädchen von 17 und 19 Jahren.

Die russische Regierung veröffentlicht ein „amtliches Geständnis" von George Ebengren. Er war einer der 20 angeblichen Spione, die kürzlich in Moskau hingerichtet wurden. Nach dem Geständnis erklärte Ebengren, er habe versucht, die Unterstützung von Ford für einen Anschlag zu erlangen, welcher die Ermordung des Auslandkommissars Tschitscherin einschloß, solange dieser in Frankreich war. Das Geständnis sagt jedoch nicht, daß Ford oder ein Vertreter jemals etwas von dem Plan gehört haben. Ein langer Bericht belastet einen Schweizer Faschisten, welcher die Ermordung von Vorovsky in der Schweiz organisiert haben soll. Dieser Mann wird als der Agent bezeichnet, der mit Ford in Verbindung zu treten suchte.

Großbritannien.

Eine Gruppe von englischen Flugzeugführern, die beabsichtigen, den Atlantischen Ozean zu überkreuzen, haben beschlossen, von London nach Ottawa, anstatt von London nach New York zu fliegen, wie ursprünglich geplant war. Die Führer des Flugzeuges werden Oberstleutnant F. F. Minchin von dem britischen Armee-Fliegerkorps, und Leslie Hamilton, der Eigentümer eines privaten Flugzeuges sein, der soeben von einem dreimonatlichen Fluge über den Kontinent zurückgekehrt ist. Hauptmann Robert H. MacIntosh wird sie wahrscheinlich als Passagier begleiten.

Die Flieger beabsichtigen, innerhalb der nächsten beiden Wochen nach Ottawa abzufliegen. Dort werden sie neue Feuerung einlegen und nach dem europäischen Festland zurückfliegen.

Schweiz.

Die Flottenkonferenz in Genf bleibt durch die gleiche Frage gehemmt, an welcher die Vorbereitungskommission der Liga über Entwaffnung scheiterte. Es handelt sich darum, ob die Beschränkung auf der Grundlage des gesamten Tonnengehaltes oder der Gesamtzahl von Schiffen festgesetzt werden soll. Die Haltung der amerikanischen Abordnung ist ähnlich wie jene von Frankreich in der Vorbereitungskommission und Britannien redet abermals über die Zahl von Schiffen. Es wird offen zugegeben, daß die gegenwärtige Zusammenkunft in gleicher Weise enden kann wie die Vorbereitungskonferenz. Bisher fanden Amerikaner und Briten keinen gemeinsamen Boden für eine Besprechung. Wenn die Briten von der Zahl von Schiffen in jeder Kategorie sprechen, so suchen die Amerikaner sofort die Zahlen in Tonnengehalt zu übertragen. Und wenn die amerikanische Delegation ihre Ansprüche in gesamter Tonnage vorbringt, so versucht die britische Kommission den Tonnengehalt in Zahlen von Schiffen zu übertragen.

Türkei.

Mustapha Kemal Pascha, Präsident der Türkei, der seit dem Smyrna-Anschlag auf sein Leben im Vorjahre zum ersten Male aus seiner Zurückgezogenheit hervortrat, ist in Konstantinopel eingetroffen. Er war der Gegenstand einer Reihe von Empfängen während der Nacht, die zu seinen Ehren veranstaltet wurden.

Den Höhepunkt der dreitägigen Feierlichkeiten bildete die Ankündigung, daß der Name der Stadt durch Gesetz zu Ehren des Präsidenten in Mustapha-Kemal umgetauft werde. Man erwartet, daß der betreffende Gesetzentwurf der Angora-Gesetzgebung im November zugeht.

Der Name Konstantinopel, den die Stadt zur Erinnerung an Konstantin den Großen durch 16 Jahrhunderte hindurch trug, und das örtliche „Stambul", aus dem Griechischen, das „in der Stadt" bedeutet, werden jetzt als unwürdig einer Stadt betrachtet, die gegenwärtig durch die Anwesenheit des türkischen Helden geehrt wird.

Siam.

Die Regierung von Siam hat an die deutsche Telefunken-Gesellschaft den Auftrag auf Errichtung einer Station für drahtlose Telegraphie übertragen. Angebote waren eingegangen von der Marconi Company, von der französischen Compagnie Generale de T. S. F. und von der Telefunken-Gesellschaft. Das Angebot der letzteren (500,000 Mk.) war das niedrigste und wurde angenommen.

China.

Die Stadt Tsingtau, eine wichtige Stadt an der Bucht von Kiautschau in der Provinz Schantung, ist in die Hände der nationalistischen Armee gefallen. Die Einnahme war eine Folge der Abtrennung des Generals Tschen, des nördlichen Befehlshabers des Gebiets zwischen Kiautschau und Kaomi in der Gegend von Tsingtau.

Tsingtau war früher an Deutschland verpachtet. Später wurde es von den Japanern besetzt und im Jahre 1922 an China zurückgegeben. Kürzlich beschloß die japanische Regierung, 2000 Soldaten nach Tsingtau zu entsenden, wogegen die Chinesen protestierten. Ungefähr zu der gleichen Zeit begannen militärische Bewegungen der Japaner in der Stadt, und es wurden Vorbereitungen getroffen, noch weitere Truppen dort unterzubringen.

Infolge der neuesten Entwicklungen in der chinesischen Provinz Schantung, hat die japanische Regierung beschlossen, weitere Truppen aus dem Hafen Tsingtau nach der Hauptstadt Tsinanfu zum Schutze der dortigen japanischen Anwohner zu schicken.

Der Eisenbahndienst zwischen Tsingtau und Tsinanfu wurde durch die Zerstörung einer Geleisstrecke in der Nähe von Kaomi, 50 Meilen nördlich von Tsingtau, unterbrochen. Gleichfalls die telegraphische und telephonische Verbindung wurden unterbrochen.

General Tschen, der Befehlshaber der Nordtruppen zwischen Kiautschau und Kaomi, kapitulierte vor den nationalistischen Truppen, erklärte jedoch den Behörden, daß er trotz seiner Uebergabe im Stande sei, dem Leben und Eigentum der Fremden in jenem Gebiete vollständigen Schutz zu garantieren.

Die allmähliche, aber ständige Entwicklung der Kampagne der Südtruppen gegen die nordchinesische Regierung wird in Nachrichten von der Schantung-Front gemeldet, wobei die nationalistischen Führer die Absicht aussprechen, daß sie einen leichten Vormarsch auf Tientsin und Peking haben werden.

Offizielle Kreise in Nanking, dem Hauptquartier der gemäßigten nationalistischen Regierung, haben angegeben, daß die Südarmeen nun planen, die Nordchinesen aus dem ganzen Gebiete südlich des Gelben Flusses von der Stadt Kaifeng in der Provinz Honan bis zum Meere zu vertreiben.

Mexiko.

General Alvaro Obregon, der kürzlich seine Bewerbung um das Präsidentenamt ankündigte, wird in Flugblättern und Anschlagplakaten der Anti-Wiederwahlpartei beschuldigt, für den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten, wie auch für den Religionsstreit verantwortlich zu sein. Die Anschlagplakate, die auf Reklameschildern in der ganzen Stadt auftauchten, besagen, daß General Obregon durch das Panne Warren-Uebereinkommen „Mexiko in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika an Hand und Fuß gebunden habe. Sie behaupten ferner, daß das Religionsproblem „von Obregon allein hervorgerufen und geschaffen wurde", dadurch, daß er den päpstlichen Delegaten Filippi des Landes verwiesen und gefordert habe, daß die katholischen Prälaten der religionsfeindlichen Konstitution sich unterwerfen sollen. So habe er die Politik eingeschlagen, die Präsident Calles fortsetzt hat.

General Arnulfo Gomez und Francisco Serrano, welche beide als mexikanische Präsidentschaftskandidaten für die Wahl in 1928 nominiert wurden, haben sich auf ein Uebereinkommen geeinigt, sich zu vereinen und die Kandidatur des früheren Präsidenten Obregon für das Präsidentenamt zu bekämpfen.

(General Gomez ist der Kandidat der Anti-Wiederwahl-Partei, die hauptsächlich gegründet wurde, um die Kandidatur Obregons zu bekämpfen. Diese Partei tritt stark dafür ein, daß kein Präsident mehr als einen Termin dienen soll. Gerüchte über ein Zusammengehen der Generale Gomez und Serrano waren seit mehreren Tagen im Umlaufe.)

Das Zusammengehen der Generale Gomez und Serrano gegen General Alvaro Obregon in der kommenden Präsidentschaftskampagne in Mexiko wurde von den früheren Präsidenten Obregon als unbedeutend bezeichnet.

„Weit davon entfernt, eine starke Partei zu schaffen, wird die Vereinigung jeden der beiden Männer unwirksam machen, statt die Opposition gegen mich zu stärken," erklärte Obregon. Gomez rekrutierte seine Anhänger aus den Feinden der gegenwärtigen Administration in Mexiko, darunter viele Leute, die im Jahre 1923 gegen Obregon kämpften. Obregon sagte ferner, daß Serranos Hauptstärke aus der Tatsache erwuchs, daß er, Obregon, sich lange geweigert habe, sich um einen zweiten Amtstermin zu bewerben. Jetzt, da er seine Kandidatur angekündigt habe, würde dieses Element seine Unterstützung wieder dem früheren Präsidenten zuwenden. General Obregon versprach, die Politik des Präsidenten Calles, die er in der Vergangenheit aus vollem Herzen unterstützte, fortzusetzen. Er erklärte, daß das Land der „zweideutigen politischen Probleme" müde sei, die seiner Ansicht nach zum großen Teil durch Einmischung fremder Länder in mexikanische Angelegenheiten entstanden seien.

Der frühere Präsident verteidigte die mexikanische Konstitution, erklärend, daß sie die Befreiung des Volkes bewiesen habe. Er hieß die Politik Calles' gut, die darauf hinzielte, daß die Mexikaner ihre eigenen Probleme lösen sollten, und verpflichtete sich für den Fall seiner Erwählung zu stärkeren Bemühungen nach dieser Richtung.

Die allgemeinen Wahlen in Mexiko finden im Juli 1928 statt.

Das beste Ozeanflugzeug.

Meinungen von deutschen Sachverständigen.

Der geplante Flug des englischen Hauptmanns F. T. Courtnay nach Amerika und zurück interessiert die wissenschaftlichen Kreise in erster Linie aus dem Grunde, weil durch ihn mehr die Möglichkeiten von amphibischen Flugzeugen als diejenigen der Motoren dargelegt werden. Das ist die Ansicht von Direktor Milatz von den Dornier-Werken in Friedrichshafen, die das Flugzeug herstellten, das von dem britischen Flieger benutzt werden wird.

„Lindbergh, Chamberlin und Byrd haben folgerichtig festgestellt, daß die Motore die Strapazen eines transatlantischen Fluges aushalten können", sagte Direktor Milatz. „Wir glauben, daß für die praktischen Zwecke des transatlantischen Flugwesens das Hydro-Flugzeug allein in Betracht kommen kann."

Eine der Probleme des Flugwesens über das Meer besteht darin, im Mittozean neue Feuerung aufnehmen zu können, fuhr er fort. In dieser Hinsicht ist er der Meinung, daß das amphibische Flugzeug Vorteile vor den andern habe. Auch sagte der Direktor, daß eine leistungsfähigere Radio-Einrichtung in amphibischen Flugzeugen eingestellt werden könne.

Kapitänleutnants Byrds Flug, erklärte er, habe die Richtigkeit des Radios für den Flieger deutlich gezeigt. Sollte Hauptmann Courtnay zu einem Niedergang auf das Meer gezwungen werden, könnte er sofort den Wirkungskreis seiner Radio-Einrichtung erweitern, indem er eine Sender- und Empfangsstange errichtet, die er aus seinem Flugzeuge emporschnellen kann.

Hinsichtlich der von ihm einzuschlagenden Route glaubt Direktor Milatz, daß in einem derartigen Falle ein Schiff in nicht weniger als sieben Stunden durch seine Notsignale nach seinem Landungsplatz herbeigerufen sein wird.

Major Georg von Tschudi, der Präsident des deutschen Fliegerklubs, machte einen Unterschied zwischen Hydro-Flugzeugen und amphibischen Flugzeugen, wie Courtney es auf seinem geplanten Fluge benutzen wird. Er meinte, es bestehe noch beträchtlicher Zweifel darüber, welcher von diesen beiden Arten für Ueberwasserflüge der Vorzug zu geben sei.

„Ich habe mit vielen bedeutenden Fliegern gesprochen, die sagten, daß amphibische Flugzeuge ihre Seetüchtigkeit im Weltkriege vollständig bewiesen hätten, als sie bis zu acht Tagen auf dem Wasser trieben, ohne zu kentern", sagte Major Tschudi.

„Die amerikanischen Flieger, die im letzten Jahre einen Flug nach Honolulu versuchten, blieben vermittels der Pontons acht Tage über Wasser. Hydro-Flugzeuge, diejenigen mit Pontons, sind leichter als amphibische Flugzeuge. Auf der andern Seite wissen Sachverständige, welche die amphibische Bauart bevorzugen, auf ihre größere Widerstandskraft und ihre Fähigkeit, Stürmen zu widerstehen, hin."

Direktor Otto von den Heinkel-Flugzeug-Werken in Warnemünde ist der Ansicht, daß amphibische Flugzeuge für transatlantische Flüge dem Hydro-Flugzeugen vorzuziehen seien, indem er erklärte:

„Flugzeuge vom Dornier-Wal-Typ sind ungefähr die einzigen, die den Gefahren der Ozeanstürme widerstehen können. Hydro-Flugzeuge können wohl einem gewöhnlichen hohen Seegang standhalten, aber in Ozeanstürmen sind sie so gut wie verloren."

Eine Million Deutsche in Rußland.

Das deutsche Volk ist ein 100-Millionen-Volk, und kein Land des Erdballes ist ihm fremd. Siebzig Millionen umfaßt der Zentralkern des Heimatlandes, und dreißig Millionen verteilen sich auf Europa und die übrigen Erd- und Weltteile. Hierbei bleibt es interessant zu ersehen, daß auch das östlich benachbarte Rußland mit rund einer Million seiner Bewohner am Deutschtume des Auslandes beteiligt ist. Der deutsche Staatsverlag der Wolgadeutschen Republik (Potrowsky) gibt darüber einen genauen Nachweis.

Noch immer wurzelt das Deutschtum Rußlands in der Wolgarepublik am stärksten. In ihr allein sind 282 Gemeinden mit 400,430 Deutschen zu zählen. Diese deutschen Bevölkerungszahl schließt sich danach ziffermäßig der Bezirk der Ukraine als der nächstliegende an. Die Ukraine zählt 227,067 Deutsche und verteilt diese Zahl auf genau 579 Gemeinden. Sibirien umfaßt 337 Gemeinden mit 57,545 Deutschen, die Krim 293 Gemeinden mit 38,252, Kasakstan 127 Gemeinden mit 44,283 Seelen. Darauf folgen Transkaukasien, Baschkirien, Kirgisien in bestimmten Ziffernverhältnissen, während in einzelnen Gauen und gesonderten Gouvernements rund 230 Gemeinden mit annähernd 120,000 Deutschen zu zählen sind.

Die statistische Uebersicht gewahrt somit eine genaue Kenntnis über den Lebensaufenthalt von 905,153 Deutschen in 2042 russischen Gemeinden. Rechnet man hierbei, daß in dieser Aufstellung nur etwa 90 Prozent aller Gebiete dieses Riesenreiches erfaßbar bleiben, so kann man getrost mit einer Million deutscher Stammesbrüder im weiten Rußland rechnen.

Doppeltrauung in der Luft.

Berlin. — Die erste doppelte Lufttrauung Deutschlands fand statt, als Hermann Rahskopf und Eduard Vogt, die beide in den Rohrbach-Flugzeugwerken beschäftigt sind, mit ihren Bräuten, einem Geistlichen und Zeugen über der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche kreuzten. Ein Phonograph lieferte die passende Musik, worauf die Trauung stattfand und die Ehegelübde abgelegt wurden.

Schnee im Schwarzwald.

Freiburg, 7. Juli. — Auf der Höhe des Feldbergs im Schwarzwald, wo gewöhnlich das Sommer-Sonnenwendfeuer um Freudenfeuer herum gefeiert wird, können jetzt Schneemänner gemacht werden. Ganz Europa leidet jetzt unter einer heißwellos kalten Welle, aber der Feldberg erreicht den Rekord.

— Dem Gaste spenden heißt sich selber laben.